Deutscher Bundestag **Drucksache 20/7255**

20. Wahlperiode 15.06.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen (24. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/1855 –

Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Millionen von Menschen in Deutschland bei der Erfüllung ihres Traums von den eigenen vier Wänden stärker finanziell zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Sandra Weeser Vorsitzende	**Dr. Jan-Marco Luczak** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/1855** wurde in der 38. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Mai 2022 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Digitales sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag auf Drucksache 20/1855 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. Planungssicherheit und Klimaschutz für den Bau von Wohnimmobilien und Eigentumsbildung durch eine verlässliche, auskömmliche und nachhaltige Förderung von energieeffizientem Neubau zu schaffen;

2. den Ländern zu ermöglichen, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250 000 EUR pro Erwachsenen und 150 000 EUR pro Kind einzuführen;

3. die Bereitstellung des Baukindergeldes für bereits genehmigte Bauvorhaben sicherzustellen, um Familien nicht eine wesentliche Grundlage der Finanzierung ihres Wohneigentums zu entziehen;

4. den erstmaligen Erwerb selbstgenutzter Immobilien insbesondere für Familien mit geringen und mittleren Einkommen zu fördern – hierzu sollen das KfW-Wohneigentumsprogramm ausgeweitet und staatlich abgesicherte Mietkaufmodelle entwickelt werden, die Kriterien wie die Anzahl der Kinder, Einkommensverhältnisse sowie Gestaltungsmerkmale wie flexible Grundrisse und Quadratmeterverbrauch pro Kopf berücksichtigen;

5. den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum im Bestand mit dem Programm „Jung kauft Alt“ zu fördern und dabei notwendige Investitionsmaßnahmen für klimagerechte Modernisierung und Sanierung zu berücksichtigen;

6. den altersgerechten Umbau von Wohnungen weiter zu fördern, damit Menschen möglichst lange in ihren angestammten vier Wänden bleiben können;

7. eine auf vier Jahre befristete fünfprozentige Sonderabschreibung für energieeffiziente Wohngebäude (ab Standard EH55), deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten maximal 4 000 Euro pro Quadratmeter betragen, einzuführen;

8. der Baukostenexplosion entgegenzuwirken, indem kostentreibende bauliche und genehmigungsrechtliche Anforderungen gesenkt und steuerliche Entlastungen geprüft werden;

9. gemeinsam mit den Kommunen eine Initiative zur Baulandgewinnung insbesondere auf Brach- und Konversionsflächen zu entwickeln, um dem Mangel an Bauland entgegenzuwirken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 59. Sitzung am 14. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 53. Sitzung am 14. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 41. Sitzung am 25. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 44. Sitzung am 14. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Digitales** hat in seiner 40. Sitzung am 14. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 67. Sitzung am 14. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

IV. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen hat in seiner 29. Sitzung am 23. Januar 2023 eine öffentliche Anhörung zum Antrag auf Drucksache 20/1855 durchgeführt.

Dazu hat der Ausschuss folgende Verbände und Sachverständige eingeladen:

Daniel Fuhrhop

(Freiberuflicher Wirtschaftswissenschaftler und Autor, Potsdam

Benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Heuer

(2. Vizepräsident Verband Wohneigentum e. V.

Benannt durch die Fraktion der SPD)

Detlev W. Kalischer

(KfW-Bereichsleiter Mittelstandsbank & Private Kunden

Benannt durch die Fraktion der SPD)

Prof. Dr. rer. pol. Stefan Kofner

(Professor für Immobilien- und Bauwirtschaft an der Hochschule Zittau/Görlitz

Benannt durch die Fraktion der AfD)

Christian König

(Hauptgeschäftsführer Verband der Privaten Bausparkassen e. V.

Benannt durch die Fraktion der FDP)

David Robotham

(Projektmanager der Wohnungsbaugenossenschaft „Am Ostseeplatz“ eG, Berlin

Benannt durch die Fraktion DIE LINKE.)

Prof. Dr. Michael Voigtländer

(Leiter des Clusters Globale und regionale Märkte, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU)

Dr. Kai H. Warnecke

(Präsident Haus und Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Eigentümer e. V.

Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU)

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen auf den Ausschussdrucksachen 20(24)91-A bis 20(24)91-G, das Wortprotokoll der 29. Sitzung und der Videomitschnitt der Sitzung wurden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht (bundestag.de/bau).

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/1855 in seiner 45. Sitzung am 14. Juni 2023 ohne Debatte abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/1855 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Dr. Jan-Marco Luczak
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333